

Studie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 31. 01. 2014

Rentenpolitik: Wiedereinstieg in die Frühverrentung

Prof. Dr. Reinhold Schnabel, Universität Duisburg-Essen

Die „abschlagfreie Rente mit 63“ setzt die renten- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge, die seit Einführung der Abschläge bei vorzeitiger Rente erzielt wurden, aufs Spiel. Diese Erfolge gehen zurück auf den konsequenten rentenpolitischen Kurs, der mit der Rentenreform 1992 eingeleitet und mit der Agenda 2010 abgeschlossen wurde. Ein zentraler Punkt dieser Politik war die Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn. Zuvor erlaubten die Frühverrentungsregeln in vielen Fällen einen abschlagsfreien Renteneintritt, der zu massenweiser Frühverrentung führte.

Die Erfolge der Rentenpolitik der letzten zwanzig Jahre können sich sehen lassen. Der Beitragssatz der Rentenversicherung konnte nicht nur stabilisiert, sondern sogar unter 19 Prozent gesenkt werden. Die Praxis der Frühverrentung wurde eingedämmt und das tatsächliche Eintrittsalter in Altersrente stieg um ganze zwei Jahre auf nunmehr 64 Jahre an. Mittlerweile geht nahezu die Hälfte der Beschäftigten im Alter von 65 oder später in Rente.

Auch auf dem Arbeitsmarkt für Ältere gibt es beachtliche positive Entwicklungen. So ist die Arbeitslosigkeit Älterer erheblich zurückgegangen. Parallel ist seit Einführung der Abschläge die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter über 60 um über eine Million gestiegen. Legt man Durchschnittsentgelte zugrunde, ist die Lohnsumme hierdurch um über 40 Milliarden Euro gestiegen. Dies sorgte für eine Entlastung der Sozialversicherung und auch für höhere Steuereinnahmen. Hierbei bewirkte die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Älteren eine doppelte Dividende, weil auch noch die Zahl der Rentner stabilisiert wurde. Der Anstieg des effektiven Rentenzugangsalters um zwei Jahre senkte die Rentnerzahl um knapp zwei Millionen und die Rentenausgaben um gut 20 Milliarden Euro.

Diese unbestreitbaren renten- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge werden durch die Rentenbeschlüsse der Regierung teilweise zunichte gemacht – und das genau am Vorabend des unweigerlich auf uns zurollenden demographischen Wandels! Das Hauptproblem besteht nicht so sehr in der Leistungsausweitung für Mütter (6,7 Mrd. Euro), sondern in der Wiedereinführung der Frühverrentung, wenn auch zunächst begrenzt auf Versicherte mit 45 „Beitragsjahren“.

Es geht hierbei nicht nur um die von der Regierung bereits zugegebene enorme Ausgabenerhöhung um 160 Mrd. Euro. Es geht um einiges mehr.

- Die zusätzlichen Ausgaben der Rentenversicherung für die abschlagsfreie Rente mit 63 werden im Gesetzentwurf mit nur 2 Mrd. Euro pro Jahr für die nächsten 15 Jahre angegeben. Dies ist sehr optimistisch und mit großer Unsicherheit behaftet. Die Erfahrungen mit der früheren Rente mit 63 haben gezeigt, dass nahezu alle Anspruchsberechtigten davon Gebrauch machen. Sinkt durch das aktuelle Rentenpaket das mittlere Zugangsalter um

ein halbes Jahr, dann erhöhen sich die Ausgaben der Rentenversicherung um 4 Milliarden Euro pro Jahr. Hauptgrund ist die steigende Zahl von Rentenbeziehern im Zeitfenster 63 bis 65 (ca. 250.000 Personen). Zweiter Grund ist der direkte budgetäre Effekt der höheren Renten aufgrund fehlender Abschläge. Dies deckt sich mit der Analyse der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) vom Dezember 2013.¹ Somit können sich bis 2030 gerechnet 30 Mrd. Euro zusätzliche Mehrausgaben allein in der Rentenversicherung ergeben – zu finanzieren durch noch höhere Beiträge und Steuern, aber auch durch niedrigere Rentensteigerungen.

- Der durch die Rentenpolitik induzierte (vorzeitige) Rückzug vom Arbeitsmarkt wird aber auch zu einer geringeren Lohnsumme führen. Geht die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Älteren um 220 Tsd. zurück (gerade mal ein Fünftel des Zugewinns der letzten 12 Jahre), dann sinken die Sozialbeiträge und die Steuereinnahmen um 3,6 Mrd. Euro pro Jahr. Gerechnet bis 2030 ergeben sich daraus Mindereinnahmen von rund 60 Mrd. Euro. Nach Gegenrechnung von Mehreinnahmen in der Krankenversicherung der Rentner verbleiben Einnahmeausfälle in Höhe von 43 Mrd. €. In den Gesamtkosten von 160 Mrd. Euro des Gesetzentwurf sind diese Einnahmeausfälle nicht enthalten.²
- Besondere Problematik erhält die abschlagsfreie Rente, dadurch dass in nächster Zeit die geburtenstarken Jahrgänge (1950 und

¹ Vgl. Herbert Rische, Bundesvertreterversammlung, 5.12.2013

² Im Gesetzentwurf findet sich nur ein kurzer Hinweis auf Einnahmeausfälle der GRV in Höhe von 600 Mio. Euro in 2030.

folgende) in das Frühverrentungsalter kommen. Dies würde schon ohne die Frühverrentungspolitik zu einer Belastung werden. Diese Belastung wird durch Frühverrentung nicht nur verstärkt, sondern auch noch zwei Jahre vorgezogen! So ist die Zahl der 63-Jährigen innerhalb der letzten fünf Jahre um rund 250.000 angestiegen (von 773 Tsd. auf 1.022 Tsd.) und wird in den nächsten zehn Jahren nochmals um 250.000 ansteigen, um danach im Jahr 2027 ein Maximum von 1.350 Tsd. zu erreichen. Eine Zahl, die das Problem verdeutlicht: im Jahrgang 1953 hatten im Alter 58 bereits 286.000 Versicherte 40 oder mehr Beitragsjahre. Wenn dieser Jahrgang 2016/17 das Frühverrentungsalter (63 Jahre + 2 Monate) erreicht, wird die überwiegende Mehrheit dieser Personen einen Anspruch auf abschlagsfreie Frührente haben.

- Die häufig vorgebrachte Gefahr von vorgeschalteter Arbeitslosigkeit wird durch den früheren Rentenbeginn im Übrigen nicht verstärkt. Denn die Nutzung der Arbeitslosenversicherung ist auch heute schon möglich. Sofern das ein Problem ist, wird es nur um zwei Jahre vorgezogen.

Fazit: Die Folgen der Wiedereinführung der Frühverrentung sind weitaus dramatischer als von der Regierung dargestellt. Das Hauptproblem stellt der vorgezogene Rückzug vom Arbeitsmarkt dar. Die Rentenausgaben werden nicht nur aufgrund geringerer Rentenabschläge, sondern auch aufgrund der steigenden Rentnerzahl wachsen. Gleichzeitig entfallen Sozialbeiträge und Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Daher ist für die abschlagsfreie Rente mit deutlich höheren Kosten als bisher geplant zu rechnen. Insgesamt kann das Rentenpaket aufgrund der Frühverrentung

bis 2030 nochmals um 73 Mrd. Euro teurer werden als die bisher genannte Zahl von 160 Mrd. Euro. Angesichts des demographischen Wandels, der Verschuldungslage in Deutschland und im Hinblick auf Rezessionsrisiken ist dies fahrlässig.

	Regierungs- annahmen	Alternativ- szenario
Zusätzliche Rentner	Ca. 100.000	250.000
Ausgaben der Rentenversicherung pro Jahr	1,9 bis 3,1 Mrd. €	4 Mrd. Euro
Mehrkosten „Rente mit 63“ bis 2030 für Rentenversicherung	36 Mrd. €	66 Mrd. €
Mehrkosten gesamtes Rentenpaket bis 2030 für Rentenversicherung	160 Mrd. €	190 Mrd. €
Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durch vorzeitige Rente	Ca. 86.000	220.000
Einnahmeausfälle Sozialversicherung und Steuern (Saldo aus Mehr- und Mindereinnahmen)	0,9 Mrd. Euro	2,6 Mrd. Euro
Einnahmeausfälle bis 2030	14 Mrd. €	43 Mrd. €
Summe Belastungen bis 2030	174 Mrd. €	233 Mrd. €

Anm.: Eigene Nachberechnungen auf Basis des Gesetzentwurfs.